

SP setzt aufs Thema Gewalt – und erntet dafür Spott

Die SP will die öffentliche Sicherheit verstärken – mit mehr Repression. Die Grünen sprechen von Effekthascherei, die FDP belächelt die Genossen.

Von **Ruedi Baumann**
und **Stefan Häne**

Zürich. – «Wir haben die öffentliche Sicherheit vernachlässigt.» Mit diesem Eingeständnis hat SP-Präsident Christian Levrat für Schlagzeilen gesorgt (TA vom Dienstag). In ihrem neuen Grundsatzpapier «Öffentliche Sicherheit für alle» fordert die SP unter anderem ein Bettelverbot, ein Rayon- und Stadionverbot für Hooligans sowie eine Aufstockung der Polizeikorps und eine spezielle Jugendpolizei.

Das Papier trägt die Handschrift des Zürcher Strafrechtsprofessors und SP-Nationalrats Daniel Jositsch (siehe Kasten). Er hatte vor einem Jahr zusammen mit Chantal Galladé den Zwölfpunkteplan zur Bekämpfung der Jugendgewalt verfasst – Stichwort «Jugendknast». Parteiintern wurden die beiden heftig kritisiert. Doch die SP erlitt bei den Wahlen eine Schlappe, Jositsch und Galladé hingegen erzielten gute Resultate.

Steht die Zürcher SP vor einer Zerreißprobe? Stefan Feldmann, Präsident der kantonalen SP, verneint dies: «Dieses Papier treibt keinen Graben in die SP Zürich, wird aber zu engagierten Diskussionen führen.» Dieser Ansicht ist auch Nicolas Galladé, SP-Fraktionschef im Kantonsrat. Die SP habe nach den Wahlen «Kommunikati-

onsprobleme» geortet und als Reaktion bisher «unausgesprochene Sachen» ausformuliert. Es handle sich bloss um einen scheinbaren Tabubruch mit der bisherigen SP-Politik.

Bedenken innerhalb der SP

Dass es in Zürich parteiinterne Bedenkenträger gibt, zeigt sich am Beispiel von Yves de Mestral. Der Kantonsrat und Rechtsanwalt ist im Grundsatzpapier nicht mit allen Punkten einverstanden: «Es macht im Kanton Zürich wenig Sinn, ein neues Polizeikorps aufzubauen.» Die Stadt- und die Kantonspolizei

walt Markus Bischoff bezeichnet die Formel «Mehr Repression gleich mehr Sicherheit» als allzu simple Lösung. Nur weil die USA den grössten Anteil an Gefangenen hätten, seien sie noch lange nicht das sicherste Land. «Wer so argumentiert, wählt lieber das Original, nämlich die SVP.»

Den FDP-Fraktionschef und Sicherheitspolitiker Thomas Vogel bringen die neu entdeckten SP-Forderungen zum Schmunzeln, wie er sagt. Die gleiche SP habe vor vier Monaten noch das kantonale Polizeigesetz abgelehnt, samt Rayonverbot und Wegweisungsartikel. «Wenn die SP nun klüger wird, kann uns das nur recht sein.»

Freude herrscht bei der SVP: «Die SP hat endlich realisiert, dass unsere Positionen vernünftig sind», sagt Nationalrat Alfred Heer. Er hofft, mithilfe der SP in den Parlamenten künftig Mehrheiten bilden zu können.

Die SP als Kopie der SVP? Die Genossen dementieren vehement. «Es gibt nach wie vor wesentliche Unterschiede zwischen uns», sagt Jacqueline Fehr, Vizepräsidentin der SP Schweiz. So etwa habe sich die SVP stets gegen die Aufstockung

des Polizeikorps sowie der Jugendanwaltschaften gewehrt.

Den Vorwurf, die SP mache plötzlich «auf eine bessere SVP», bezeichnet Daniel Jositsch als komplett falsch. «Unseren Mitgliedern brennen zum Teil die gleichen Probleme unter den Nägeln wie bei der SVP, aber wir haben komplett andere Lösungen.» Die SVP setze auf Repression und Wegweisung, die SP auf Repression und Prävention. «In der realen Welt gibt es beides, auch bei der Repression darf es keine Tabus geben.»



«Dieses Papier wird keinen Graben in die Zürcher SP treiben.»

STEFAN FELDMANN, SP



«Die Forderungen der Sozialdemokraten sind kalter Kaffee.»

MARLIES BÄNZIGER, GRÜNE

Zürich würden im Jugendbereich bereits heute gute Arbeit leisten.

Bei den anderen Parteien kommt das SP-Papier nicht eben gut an. «Die Forderungen der SP sind kalter Kaffee und grösstenteils unbestritten», sagt die grüne Nationalrätin Marlies Bänziger. Der Vorschlag etwa, das organisierte Betteln zu verbieten, sei «billige Effekthascherei». Diese Massnahme wäre, wenn es denn unbedingt sein müsse, mit dem Wegweisungsartikel umzusetzen.

AL-Kantonsrat und Rechtsan-